

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Vertrieb Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsanwalts Riesa.

Postfach-Nr.: Dresden 1534
Circulose Riesa Nr. 62.

Nr. 114.

Freitag, 16. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Wellenlinie 100 Gold-Pfennige; zeltförmiger und tabellarischer Satz 50%, Verschluss, feste Tarife, demüthigter Rabatt ertheilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät; Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Reichstabinett verbleibt im Amte.

Die Deutschnationalen fordern den Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 16. Mai. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Entschlüsse angenommen: Wir fordern, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend dem Ausfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes feststellt, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechtes, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschiedenen Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gesandtschaften zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen den Organisationskomitee oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die Deutschnationale Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als für sich bindend anerkennen.

Die Regierung lehnt die Rücktrittsforderung der Deutschnationalen ab.

Berlin, 16. Mai. Wie wir aus Regierungskreisen erfahren, ist die Reichsregierung entschlossen, der Forderung der deutschnationalen Parteileitung auf sofortigen Rücktritt unter keinen Umständen nachzukommen. Das Kabinett Marx-Stresemann wird bis zum Wiederaufammentritt des Reichstages der für den 27. Mai vorgesehenen, im Amt verbleiben. Sollte bis dahin die Neubildung der Regierung nicht gesichert sein, so würde sich das Reichskabinett genötigt sehen, ein Mandatverbot vom neuen Reichstag zu fordern. Die Annahme eines solchen Vertrauensvotums kann schon heute als gesichert angesehen werden.

In Regierungskreisen spricht man die Auffassung aus, daß die deutschnationale Forderung auf Rücktritt der Regierung jeder Begründung entbehre. Wenn im neuen Reichstag keine Mehrheit für das gegenwärtige Kabinett vorhanden sei, so wäre allerdings der deutschnationale Standpunkt gerechtfertigt. Da aber die Partei der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten sowie der Sozialdemokraten in Anbetracht der unvermeidlichen Annahme des Sachverständigen-Gutachtens für die Regierung eintraten, würde eine erforderliche Mehrheit gegebenenfalls für das Kabinett vorhanden sein. Die Reichsregierung betrachtet sich nicht als Geschäftsregierung, sondern als ein verfassungsgemäß arbeitendes Ministerium. Der Vergleich mit der Situation in Frank-

reich, der von der deutschnationalen Presse gestellt werde, beruhe im übrigen auf falschen Voraussetzungen. Die parlamentarische Situation in Frankreich sei durch die Verschiebung des Mehrheitsverhältnisses geklärt. Im neuen Reichstag sei zwar auch eine Verschiebung der parlamentarischen Konstellation eingetreten, aber die Frage, welche Partei eine Mehrheit aufzubringen werde, könne heute noch niemand zuverlässig beantworten. Wenn die Reichsregierung in einer solchen schwierigen Lage von ihrem Posten zurücktrete, so sei das eine Beweislosigkeit gegenüber dem Volke, das verlangen muß, daß die Regierung bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht tue.

Eine Niederlage Dr. Stresemanns?

Berlin, 16. Mai. In politischen Kreisen wird behauptet, daß der Beschluß der neuen Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, einen Bloß der Mitte abzulehnen und die Beteiligung der Deutschnationalen an der neuen Reichsregierung herbeizuführen, eine vollständige Niederlage des Führers Dr. Stresemann darstelle. Der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei habe trotz der energischsten Bemühungen Dr. Stresemanns, die Fraktion zum Anschluß an den Bloß der Mitte zu bewegen, sich für eine Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Partei entschieden. Diese Darstellung wird von volksparteilicher Seite bestritten. Man erklärt, daß dieser Beschluß durchaus übereinstimmend mit Dr. Stresemanns gefaßt worden sei.

Im übrigen nimmt man in den politischen Kreisen an, daß namentlich die Bildung einer Reichsregierung in Deutschland gesichert ist, in der die Deutschnationalen die Führung haben werden. Wie wir zuverlässig erfahren, beabsichtigen die Zentrumsführer, alle erdenklichen Versuche einzuleiten, um den Einfluß der Deutschnationalen auf die neue Regierung zu beschränken. Die Haltung der Demokraten ist noch nicht festgelegt, doch verläutet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß sie eine Teilnahme an einer von deutschnationaler Seite geführten Regierung ablehnen werden. Bei den gegenwärtigen Erwägungen der politischen Kreise spielt übrigens die Haltung der Deutsch-völkischen Partei eine gewisse Rolle. Auf Veranlassung Dittlers ist von Deutsch-völkischer Seite erklärt worden, daß die national-sozialistische Freiheitspartei ihren Kampf allein gegen den Marxismus, nicht aber gegen andere nationale Parteien führen werde, man rechne daher auch mit einer wohlwollenden Unterstützung der Reichstagsfraktion der national-sozialistischen Freiheitspartei.

Stresemann über die Innen- und Außenpolitik.

Berlin. Der Reichsminister des Innern Dr. Stresemann gewährte dem Vertreter des „Westens“ eine längere Unterredung über verschiedene schwebende Fragen, in der er zunächst der Meinung Ausdruck gab, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen der Außenpolitik der Primat bei der Beurteilung der politischen Gesamtlage Deutschlands und auch für die Neubildung der Regierung gebühre.

Dr. Stresemann lenkte das Gespräch sodann auf die äußere Politik und machte zunächst über den deutsch-russischen Zwischenfall einige sehr interessante Bemerkungen. Er erklärte, der deutsch-russische Zwischenfall anlässlich der Durchsiedlung der Räume der russischen Handelsdelegation habe zu einer bedauerlichen Spannung zwischen beiden Regierungen geführt. Wie haben von vornherein ohne Herabsetzung und in voller Aufrichtigkeit unser Bestreben darauf gerichtet, die Angelegenheit in einer die russischen Empfindungen aber auch unsere eigenen Interessen berücksichtigenden Weise beizulegen. Allerdings konnte niemand von uns verlangen, aus den von der Gegenseite in nicht immer wohlwollender Form vorgenommenen Beschuldigungen Konsequenzen zu ziehen, ohne die Ergebnisse der Feststellungen unserer eigenen Behörden abzuwarten. Nach den bisherigen Feststellungen ist das eine als feststehend anzusehen, daß die Rechte einzelner russischer exterritorialer Mitglieder der russischen Handelsvertretung tatsächlich verletzt worden sind. Die deutsche Regierung hat nicht geäußert, der russischen Regierung insofern schon jetzt ihr Bedauern auszusprechen. Sie nimmt an, daß von der Gegenseite das gleiche Verhalten geübt werden wird, soweit russische Verfehlungen vorliegen sind. Dabei ist davon auszugehen, daß das Gebilde der russischen Handelsvertretung als solches nicht exterritorial ist. Mit Unrecht sind von der russischen Regierung die gleichen Vorrechte wie für ihre diplomatischen Missionen in Anspruch genommen worden. Es muß grundsätzlich berücksichtigt werden, daß man einem fremden Staat, der, wie Rußland es tut, in seiner Eigenschaft als wirtschaftlicher Unternehmer im Ausland auftritt, insofern nicht die gleiche Stellung einräumen kann, wie in seiner Eigenschaft als Träger staatlicher Hoheitsrechte. Darüber enthalten auch die deutsch-russischen Verträge keine grundsätzlichen Abmachungen. Ich hoffe, daß wir den Zwischenfall in der für beide Teile wünschenswertesten Weise beilegen werden. Wir werden dabei bemüht bleiben, den sachlichen Ton beizubehalten und uns von manchen bedauerlichen Auswüchsen von russischer Seite darin nicht betören lassen.

Dr. Stresemann wandte sich dann dem Ausgang der französischen Wahlen zu und sagte u. a.: Im großen und ganzen wird der Blick nach links innen wie außen politischen Erwägungen erfolgt sein. Ein Minister des Kabinetts Voicard hatte noch wenige Tage vor den Wahlen erklärt, der Wahlkampf gebe um Voicard's Außenpolitik. Diese These hat jedenfalls die Mehrheit der Wähler nicht abgehalten, für den Bloß der Linken zu stimmen. Beobachtungen für die Zukunft kann ich nicht machen, das müssen wir uns aber jedenfalls vor Augen halten, daß sich alle französischen Parteien darin einig sind, von Deutschland ein Höchstmaß von Reparationen zu erhalten.

Eine Unterredung mit de Jouvenel.

Paris. Einer der berühmtesten Vertreter aus dem Lager der Linken de Jouvenel hatte die Freundlichkeit, dem Vertreter der Telegraphen-Union nachstehende Angaben über die politische Lage zu machen: Als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung kommen lediglich Briand und Perriot in Betracht. Es ist beachtenswert, daß Voicard in seinem letzten Gespräch mit dem Präsidenten Millerand ihn mit warmen Worten Perriot als Nachfolger empfohlen hat. Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien haben bisher nicht stattgefunden. Perriot befindet sich zurzeit nicht in Paris und bis zu seiner Ankunft werden noch einige Tage verstreichen. Die von einem Morgenblatt veröffentlichte mutmaßliche Ministerliste ist lediglich als eine leere Kombination zu betrachten. Die große Unbekannte in der politischen Gleichung ist die Haltung der sozialistischen Parteien, deren Mitglieder in der Frage, ob ein Eintritt in die neue Regierung im Parteinteresse liege, sich völlig unklar sind. Falls die Sozialisten es ablehnen sollten, sich an der Bildung des neuen Kabinetts zu beteiligen, bricht das Links-kabinett in sich zusammen. Was die Haltung der linksrepublikanischen Parteien, so glaubt Jouvenel zu wissen, daß sie auf jeden Fall für die neue Regierung stimmen werden. Einer ihrer maßgebenden Führer Peret habe sich bereits darüber deutlich ausgesprochen.

Die Angaben Jouvenels können dahin ergänzt werden, daß nach zuverlässigen Informationen für den Fall eines Zusammenbruchs einer Koalition unter Führung Perriots Briand das Ministerium des Innern übernehmen würde. Im übrigen war in der gestrigen Morgenpresse das Gerücht abgedruckt, daß Millerand von dem künftigen Ministerpräsidenten nachfolgende 3 Programmpunkte verlangen werde: 1. Fortsetzung der Radikalisierung bis zur völligen

Bezahlung der deutschen Schulden. 2. Aufrechterhaltung der Vertretung im Vatikan. 3. Vollständige Nichtanerkennung der Sowjetregierung. Perriot schreibt man in hiesigen politischen Kreisen die Absicht zu, daß er sich mit Punkt 1 und 2 einverstanden erklären werde, Punkt 3 dagegen verwerfe. Ueber die voraussichtliche Haltung Millerands im Falle einer teilweisen oder völligen Ablehnung des obengenannten Programms werden keine bestimmten Nachrichten verbreitet. Eine Londoner Meldung, zu der in Paris keinerlei Stellung genommen wird, besagt, daß Millerand für den Fall einer Ablehnung seines Programms ein unparlamentarisches Kabinett (Cabinet de salut und de rational) ernennen werde und ohne Kammer regieren wird. In der Meldung wird behauptet, daß eine solche Möglichkeit von der französischen Regierung vorgezogen sei.

Eine neue Disziplinarordnung für Reichsbeamte.

Im Reichsinnenministerium haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Beamtenorganisationen über den Entwurf einer neuen Disziplinarordnung für Reichsbeamte. Der Entwurf bringt insofern eine Verbesserung, als er die Möglichkeit eines Wiedernahmeverfahrens vorzieht und als letzte Instanz eine unparteiisch zusammengesetzte Disziplinar-Kammer. Als eine Verschlechterung dagegen betrachten die Beamten die Ausdehnung der Befugnisse der unmittelbaren Vorgesetzten zur Verhängung von größeren Geldstrafen. Die Beamten-Gewerkschaften werden demnach dem Reichskabinett ihre Gegenüberstellung in einer Denkschrift überreichen, worauf das Reichskabinett über den Entwurf beraten und ihn nach seiner Verabschiedung dem Reichstag zur Genehmigung vorlegen wird.

Keine Zersplitterung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Berlin, 16. Mai. Von unterrichteter Seite des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird mitgeteilt, daß es sich bei der Neugründung der deutschen industriellen Vereinigung keinesfalls um eine Zersplitterung vom Reichsverband der deutschen Industrie handelt. Von den Neugründern der Vereinigung ist kein einziger bisher Mitglied des Reichsverbandes gewesen und es hat auch kein einziger Industrieller unter den Mitgliedern des Reichsverbandes bisher die Neugründung gestützt. Die neue Gründung anschlüsslicher der Inhaber der Hamburger Werft, Blohm & Voß, der ebenfalls unter den Neugründern der Vereinigung genannt wurde, legt Wert darauf, festzustellen, daß er nach wie vor dem Reichsverbande angehört und mit der Neugründung nichts zu tun hat.

Die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags.

München. (Funknachr.) Der Bayerische Landtag setzt sich endgültig wie folgt zusammen: Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 10, Christliche Volkspartei 46, Beamtengruppe Kratochwil 1, Christlich-Soziale Partei (bayer. Zentrum) 2, Deutscher Bloß 3, Kommunisten 9, National-liberale Landespartei 1, Vereinigte Nationale Rechte 5, Vereinigte Sozialdemokratie 23, Völkischer Bloß 23 Abgeordnete.

Frankreich verbietet deutschen Sportleuten die Einreise.

Paris. (Funknachr.) Dem Couvre ist von dem Befehl einer Radrennbahn mitgeteilt worden, daß dem deutschen Radrennfahrer Stelbrink der Bah nach Frankreich verweigert worden sei. Der betreffende französische Kommissar erklärt, er habe aus Paris Befehl erhalten, deutschen Sportleuten keinen Zutritt nach Frankreich zu erteilen. Couvre stellt an Voicard die Frage, ob er von seinen nachgeordneten Stellen falls vorhanden worden sei oder ob er ernstlich glaube, daß die Beteiligung deutscher Sportleute an sportlichen Veranstaltungen in Frankreich wirklich geeignet sei, dem Frieden zu fördern.

Der Mord im Tegeler Forst.

Berlin. Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes im Tegeler Forst haben einwandfrei ergeben, daß sich der Mörder des angeblichen Leutnant Müller-Dammers, Grütze-Loeber, nach Ungarn begeben hat. Es seien bereits Maßnahmen getroffen worden, seiner dort habhaft zu werden. Bei der Auslieferung spielt die Frage eine Rolle, ob die Motive zu der Tat wirklich rein politischer Natur sind.

Die Ueberführung der Leichen in Halle.

Halle. Wie gemeldet wird, ging gestern nachmittag die Ueberführung der Leichen der bei den Zusammenstößen mit der Polizei getöteten Kommunisten in aller Ruhe von statten. Ein Teil der Leichen wurde lag von 12 Uhr ab still. An dem Leichenzug nahmen etwa 3000 Menschen teil.

Die russische Note in Berlin eingetroffen.

Die angekündigte Note der russischen Regierung über den Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin soll gestern eingetroffen sein. — Wie verlautet, haben die Kommunisten die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zur Besprechung der Vorfälle in der russischen Handelsvertretung beantragt.